

9-Millionen-Euro-Loch im Haushalt

Corona-Effekt: Stadt schreibt rote Zahlen / Politik mahnt die Umsetzung alter Beschlüsse an

KOMMENTAR



Von Rainer Breda

Vorbildlich

Bislang konnte man den Eindruck haben, manchen Ratsmitgliedern ist ihre Vorbildfunktion in Sachen Corona-Regeln nicht klar. Das hat sich geändert: Die Sitzung am Montag war vorbildlich. Die Absprache, über den Haushalt, sonst Gegenstand uferloser Debatten, diesmal nur knapp zu sprechen und auf Fensterreden zu verzichten, funktionierte – auch, weil Ratsvorsitzender Detlef Hansen Tempo anmahnte. Selbst der OB, der ab und an zu ausschweifenden Erklärungen neigt, verlor kein Wort zu viel. Die Demokratie kam dabei nicht zu Schaden – der Etat war in zig Sitzungen vorbereitet. Klasse, werte Politik!



Etwa die Hälfte der Ratsmitglieder nahm in der Aula der Grundschule Ochtersum an der Sitzung teil, die andere von zu Hause über das Internet. Wegen der Corona-Pandemie saßen die Politiker im Saal mit reichlich Abstand voneinander und hielten sich kurz – nach 90 Minuten war ihr Treffen vorbei. FOTO: CHRIS GOSSMANN

Von Rainer Breda

Hildesheim. Im Haushaltsplan der Stadt klappt zum ersten Mal seit acht Jahren zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder eine Lücke – eine gewaltige Lücke: Der 370-Millionen-Euro-Etat für 2021, der am Montagabend einmütig vom Rat verabschiedet worden ist, weist ein Loch von 9,2 Millionen Euro aus.

Das sei allerdings ausschließlich der Corona-Pandemie geschuldet, betonte Frank Wodsack, der finanzpolitische Sprecher der CDU und Vorsitzende des Finanzausschusses. Tatsächlich rechnet die Stadt allein bei der Gewerbesteuer mit einem Minus von 8,4 Millionen Euro gegenüber der ursprünglichen Planung. Weil auch andere Einnahmen einbrechen, entgehen der Stadt insgesamt rund 13,5 Millionen Euro – was ein leichter Rückgang bei den Kosten nicht aufheben kann.

Umso wichtiger sei es, dass die Stadt trotzdem wachse und gestärkt aus der Krise hervorgehe, sagte Wodsack. Wie das gelingen kann – dazu setzte ein Bündnis aus CDU, SPD, Grünen, FDP und Unabhängigen neben 44 Änderungsanträgen gegenüber dem Etatentwurf der Verwaltung auch 13 Arbeitsaufträge an diese durch. So soll das Rathaus unter anderem

eine Liste darüber erstellen, was es kosten würde, alle kaputten Straßen zu sanieren und auf Dauer in Schutz zu halten. Außerdem erwartet der Rat ein Konzept für eine Stelle, die darauf zielt, das Einwerben von Fördermitteln zu koordinieren und zu verbessern. „Das ist uns sehr wichtig – wir hatten das schon im vergangenen Jahr gefordert“, betonte Wodsack.

Und das ist beileibe nicht der einzige offene Auftrag der Politiker aus den Vorjahren, erinnerte Volker Spieth. Dieses „Liegenlassen“ sei irritierend, moniert der finanzpolitische Sprecher der Grünen. So warte der Rat seit drei Jahren auf die Einstellung eines Wohnungslotsen. „Jetzt soll es ja so weit sein – aber das dauert schon ein bisschen lang.“

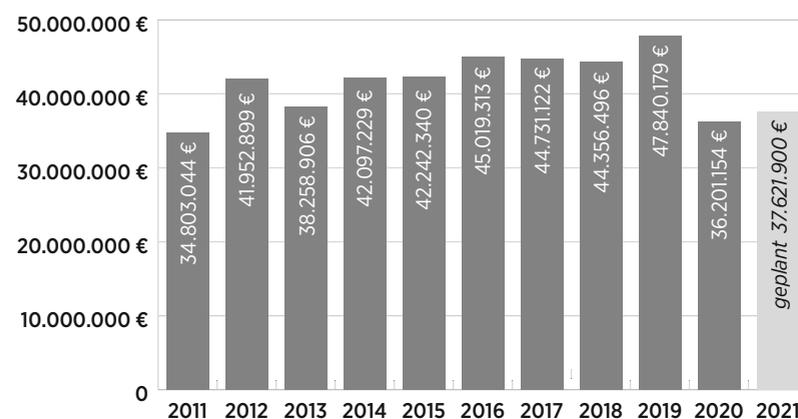
Er habe den Eindruck, die Verwaltung empfinde diese Begleitbeschlüsse als rotes Tuch, sagte der FDP-Politiker Michael Kriegel, der für die Gruppe der Liberalen mit den Unabhängigen sprach. Doch den Politikern gehe es um Informationen, um auf Augenhöhe mit den Rathaus-Mitarbeitern diskutieren zu können – zum Beispiel bei der Forderung nach Quartalsberichten über bestimmte Ausgaben, aber auch Einsparungen. „Offenheit bringt Vertrauen“, erklärte Kriegel.

Stephan Lenz, der finanzpolitische Sprecher der SPD, knöpfte sich den AfD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Kriesinger vor. Dieser hatte dem Fünf-Fraktionen-Bündnis im Vorfeld vorgeworfen, sich mit seinen Forderungen profilieren zu wollen, was derzeit unangebracht sei. Kriesinger liege völlig falsch, weil alle Vorschläge gegenfinanziert seien („wie immer“), der Haushalt also keineswegs überstrapaziert werde, erklärte Lenz. Dass Kriesinger etwas anderes suggeriere, lasse für sein Verständnis der städtischen Finanzen tief blicken.

Einen Konflikt mit der Verwaltung hatten die Politiker bereits vorab entschärft: Sie gingen zwar nicht auf den Wunsch von Oberbürgermeister Ingo Meyer ein, einen Haushaltsplan für zwei Jahre aufzustellen. Doch der Rat gestand dem OB zu, den Etatentwurf für 2022 im nächsten Oktober noch vor der Kommunalwahl einbringen zu können, der neue Rat soll den Haushalt dann im Dezember verabschieden.

Der OB zeigte sich zufrieden: Die Stadt lasse sich auch in der Krise nicht von ihrem Weg abbringen, zu sparen und dennoch zu investieren (insgesamt 34 Millionen Euro): „Wir machen mit diesem Haushalt alles richtig!“

Einnahmen aus der Gewerbesteuer



Gewinne und Verluste

